



## **EIN GERECHTER WEG AUS DER KRISE**

### **Qualitativ hochwertige Vollbeschäftigung, nachhaltiges Wachstum und finanzpolitische Verantwortung**

Weder das Entstehen der auf europäischer und weltweiter Ebene herrschenden Krise noch ihr Andauern sind durch Haushaltsdefizite oder Staatsschulden verursacht. Um zu verhindern, dass die Krise unsere Volkswirtschaften noch stärker schädigt als bereits geschehen, mussten in der Tat enorme Summen öffentlicher Gelder eingesetzt werden. Durch konjunkturbelebende Maßnahmen konnten indes zwar die meisten Volkswirtschaften aus dem negativen Wachstum herausgezogen werden, ein massiver Anstieg der Arbeitslosenzahlen (um bislang über 7 Millionen) konnte so jedoch nicht verhindert werden. Die sozialen Folgen der Krise lassen sich in ihrem Ausmaß bisher noch nicht in Statistiken ablesen, kommen jedoch in vielen Teilen Europas bereits voll zum Tragen.

Mit über 23 Millionen Arbeitslosen, zu denen aufgrund des schwachen Wachstums in den meisten Mitgliedstaaten und anderen Schlüsselregionen der Welt noch weitere hinzukommen werden, hat die Krise ihr Ende bei Weitem noch nicht erreicht. Eine zu drastische Verringerung der öffentlichen Defizite und Schulden, wie sie den Menschen durch die rechte Mehrheit im Europäischen Rat aufgezwungen wird, ist – zum jetzigen Zeitpunkt – ebenso sozial inakzeptabel wie wirtschaftlich riskant.

Die Europäische Union verfolgt als einzige wichtige Wirtschaftsregion der Welt eine derartige politische Agenda, bei der auf Kosten von Arbeitsplätzen und sozialem Zusammenhalt ein übermäßiger Fokus auf Haushaltsstrenge gelegt wird.

Finanzpolitische Verantwortung ist ein unabdingbarer Bestandteil der Wirtschaftspolitik. In diesem Punkt gibt es zwischen konservativen und fortschrittlichen Kräften keine Diskussion. Es ist offensichtlich, dass die Höhe der Defizite und des Schuldenstands nicht haltbar ist und in absehbarer Zukunft deutlich verringert werden muss. Jedoch sollten der Zeitplan und die Art dieser Konsolidierung so beschaffen sein, dass die konjunkturelle Belebung und Europas zukünftiges Wachstumspotenzial nicht gefährdet werden. Ebenso sollte die Konsolidierung nicht auf dem Rücken der Arbeitslosen und jener, die am stärksten auf staatliche Unterstützung und Solidarität angewiesen sind, erfolgen. Die erforderliche Konsolidierung muss sozial gerecht sein. Auch sollte sie nicht zu kurzfristigen Haushaltskürzungen führen, die die unerlässliche staatliche Finanzierung von personellen Investitionen und Sachinvestitionen und damit Wachstum und Beschäftigung gefährden. Im Gegensatz dazu wird die Lage der öffentlichen Finanzen durch verstärktes Wachstum und die Verringerung von Arbeitslosigkeit auf eine sozial und wirtschaftlich zu bevorzugende Weise verbessert.

Die Europäische Union muss eine alternative wirtschaftspolitische Agenda verfolgen, um auf eine gerechte Weise aus der Krise herauszukommen – durch ein gemeinsames Verfolgen der

miteinander verbundenen Ziele von qualitativ hochwertiger Vollbeschäftigung, nachhaltigem Wachstum und finanzpolitischer Verantwortung im Rahmen einer gut ausgewogenen Strategie "Europa 2020", in der ehrgeizige politische Zielsetzungen im wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Bereich verknüpft sein müssen. Mit dem vorliegenden Positionspapier liefert die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament einen Entwurf für solch eine Agenda, die eine klare Alternative zu der dogmatischen und unsozialen wirtschaftspolitischen Strategie darstellt, die der Europäischen Union durch rechte Kräfte aufgezwungen wird.

Unsere alternative Agenda kombiniert aktiv koordinierte makroökonomische Politiken, die auf starkes und nachhaltiges Wachstum und umfassende hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten abzielen, mit einem deutlichen Qualitätssprung in der wirtschaftspolitischen Steuerung und einer strengen Finanzmarktregulierung und -überwachung. Die Änderungen sind in eine wirklich anspruchsvolle und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtete Strategie „Europa 2020“ einzubetten, damit sie langfristig als Leitlinien für die makroökonomische Politik verwendet werden können, und liegen im Rahmen des geltenden Vertrags.

Unsere Alternative rückt zunächst die wirtschaftliche Dimension einer neuen politischen Agenda in den Mittelpunkt, die fünf wichtige politische Alternativen umfasst:

**Politische Alternative 1: Eine Wirtschaftsunion für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung**

**Politische Alternative 2: Eine ausgewogene Strategie der Haushaltskonsolidierung**

**Politische Alternative 3: Eine Europäische Schuldenagentur**

**Politische Alternative 4: Ein Haushaltseinnahmepaket**

**Politische Alternative 5: Eine Agenda zur Bekämpfung der Krise**

**Politische Alternative 1: Eine Wirtschaftsunion für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung**

Durch die Krise wurde deutlich, dass die übermäßigen makroökonomischen Divergenzen innerhalb der EU unhaltbar sind. Zuerst müssen, wie von der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitische Steuerung“ sowie in der jüngsten Mitteilung der Europäischen Kommission und in den von der Europäischen Zentralbank geäußerten Standpunkten vorgesehen, Fortschritte in Richtung einer **strengerer Überwachung langfristiger makroökonomischer Entwicklungen innerhalb der EU** (und insbesondere des Euroraums), einer stärkeren Koordinierung der einzelstaatlichen Haushaltsrahmen und ausgeweiteter Mechanismen zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts erzielt werden.

Es müssen jedoch zusätzliche Neuerungen in das europäische System der wirtschaftspolitischen Steuerung eingeführt werden, um eine wirksame und ausgewogene wirtschaftspolitische Mischung zu erreichen. Der Vertrag von Lissabon bietet die Rechtsgrundlage, um ausgehend von den derzeitigen unzulänglichen wirtschaftspolitischen Lenkungsmechanismen eine Wirtschaftsunion im eigentlichen Sinne herauszubilden und dabei die mit dem Vertrag von Maastricht eingeführte Währungsunion zu vollenden; dies sollte nicht zu einer „Euro-Mauer“ führen, die Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten des Euroraums künstlich voneinander trennt. Die Europäische Kommission muss ihre Rolle bei der Organisation der wirtschaftspolitischen Abstimmung der Länder des Euroraums einerseits und auf der Ebene der EU andererseits in einer offenen und aktiven Weise umfassend wahrnehmen. Das kann dadurch geschehen, indem eine echte wirtschaftspolitische Agenda erstellt wird und gleichzeitig das Erfordernis für eine nationale, den jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepassten Politik

anerkannt wird. Um dies zu erreichen, muss die EU ihr juristisches Instrumentarium in diesem Bereich reformieren und ihre Mechanismen für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik verstärken. Vor allem muss die durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 eingeführte Verkürzung der wirtschaftspolitischen Abstimmung auf die nominelle Überwachung der nationalen Haushalte überwunden werden, um der Schaffung von Arbeitsplätzen den gleichen Stellenwert wie der Kontrolle des Haushaltsdefizits und des Schuldenstands einzuräumen.

Wir schlagen vor, den geltenden Stabilitäts- und Wachstumspakt um einen neuen „**Wachstums- und Beschäftigungspakt**“ zu ergänzen, der gleichfalls in Form eines Rechtsakts gemäß Artikel 121 abzufassen und durch Verordnungen im Mitentscheidungsverfahren (Artikel 121 Absatz 6) festzulegen ist. Damit würde die Kommission eine der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments (Artikel 121 Absatz 5) unterliegende neue Funktion erhalten, mit der sie den Rat und die Mitgliedstaaten bei der Erstellung einer ordnungsgemäß abgestimmten wirtschaftspolitischen Agenda unterstützen könnte und die die wirtschaftspolitische Steuerung weit über ihre derzeitige Funktion der Haushaltsüberwachung hinaus erweitern würde. Um das neue Governance-System politisch ausgewogen zu gestalten, sollte der neue Pakt echte wirtschaftliche Ziele, insbesondere zu den Themen Beschäftigung und Investitionen, enthalten. Vor allem könnte zusätzlich zum geltenden Defizitziel (unter 3 % oder im Überschuss) ein Ziel für die Arbeitslosenrate (als numerischer Ausdruck einer Vollbeschäftigungsrate) in den neuen Pakt aufgenommen werden, zumindest als Politikziel auf europäischer Ebene. In diesem neuen Rahmen würden die Mitgliedstaaten jährliche „Stabilitäts-, Wachstums- und Beschäftigungsprogramme“ vorlegen, einschließlich nationaler, jährlich entsprechend ihrer jeweiligen Wirtschaftslage festzusetzende Arbeitslosenraten als Beitrag dazu, eine EU-weite Vollbeschäftigungsrate zu erzielen. So würde auch den geltenden jährlichen beschäftigungspolitischen Leitlinien eine weitaus größere Bedeutung als derzeit zukommen. In Ermangelung eines solchen neuen Paktes wäre es ein absolutes Mindestanforderung, die Arbeitslosenrate als Hauptindikator auf die Skala des geplanten Vorwarnsystems für makroökonomische Beobachtung zu setzen, dessen Rolle es sein wird, makroökonomische Ungleichgewichte auf nationaler Ebene zu erkennen und zu bewältigen.

Schließlich muss die EU, ausgehend von dem jüngst geschaffenen europäischen Finanzstabilitätsmechanismus, ein dauerhaftes und wirksames Instrument zur Verhinderung und Behebung übermäßiger Verschuldungslagen (oder einen Europäischen Währungsfonds) für die gesamte EU schaffen. Als erforderliche Ergänzung des Stabilitätsmechanismus - der permanent eingerichtet werden muss - würde ein solcher Fonds als finanzielle Stütze der letzten Instanz für Länder dienen, die in Krisenzeiten ernsthafte Schwierigkeiten beim Zugang zu Marktfinanzierung haben. Zusammen mit einer weiter unten vorgeschlagenen Europäischen Schuldenagentur würde dies der Geld- und Wirtschaftsunion die erforderliche Solidität verleihen, deren Fehlen auf dem Höhepunkt der Krise ihre ganze Existenz ernsthaft bedroht hat.

## **Politische Alternative 2: Eine ausgewogene Strategie der Haushaltskonsolidierung**

Durch kollektive Zuflucht, noch dazu panikartig, zu Sparmaßnahmen kann die EU der Krise nicht entfliehen. Dies führt nur zu einer länger andauernden Wachstumsschwäche und höherer Arbeitslosigkeit, die ihrerseits größtenteils in Langzeitarbeitslosigkeit, vermehrter sozialer Ausgrenzung und Armut mündet. Die EU braucht stattdessen für die nächsten Jahre eine intelligenter und innovativer wirtschaftspolitische Strategie, mit der es ebenso möglich ist, die öffentlichen Finanzen zu sanieren und wieder mehr Arbeitsplätze zu schaffen, während zugleich für soziale Gerechtigkeit, ein angemessenes Niveau der öffentlichen Investitionen und die weitere Finanzierung der nationalen Wohlfahrtssysteme und hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen

gesorgt wird. Der Europäische Rat und die Kommission irren sich, wenn sie allen Mitgliedstaaten eine einheitliche Frist für die Rückkehr zum Stabilitätspakt bis 2013 setzen und somit die Vielfalt der nationalen wirtschafts- und sozialpolitischen Gegebenheiten außer Acht lassen, was die bereits hochproblematischen EU-weiten Divergenzen noch weiter vertieft. Dieser die Gegebenheiten stark vereinfachende und zugleich sture Sparplan muss durch eine **differenzierte Strategie der Haushaltskonsolidierung** ersetzt werden, mit deren Hilfe die Mitgliedstaaten das Staatsdefizit auf 3 % oder darunter senken können, und zwar innerhalb eines auf die jeweilige einzelstaatliche Lage zugeschnittenen gemeinsamen Zeitrahmens bis spätestens 2015. Wichtig ist allein, im Laufe der Zeit ein ausreichendes Maß an Haushaltskonsolidierung zu erreichen, doch ist die Dauer – zwei, drei oder vier Jahre – dabei weniger wichtig als die Sicherheit, dass das Ziel innerhalb eines eindeutigen Zeitrahmens erreicht wird. Dies würde nicht nur Handlungsspielraum für die Stärkung von Wachstum und für die Verbesserung der Lage an den Arbeitsmärkten bieten, es wäre auch eine Gelegenheit, auf europäischer Ebene Solidarität zwischen starken und schwachen Volkswirtschaften zu demonstrieren. Darüber hinaus sollte die EU der Versuchung widerstehen, im Rahmen eines verstärkten Stabilitätspaktes für den Schuldenstand gemessen am BIP willkürlich höchstens 60 % festzulegen, wie von der Kommission im Mai bereits vorgeschlagen.

Ebenso sollte die EU die **Qualität ihrer Konsolidierungsbemühungen** auf Ebene der Einzelstaaten kollektiv überwachen und in dieser Hinsicht, insbesondere im Rahmen der Ziele der Strategie „Europa 2020“, bestimmte Normen festlegen. Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen können zu äußerst unterschiedlichen politischen Resultaten führen, was von den jeweils mit ihnen einhergehenden erforderlichen Entscheidungen abhängt. Dieses Thema ist ein gemeinsames vorrangiges Interesse aller Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission sollte eine wirtschaftlich sinnvolle und sozial gerechte EU-weite Konsolidierung fördern und die Politiken der Mitgliedstaaten dieser Grundlage entsprechend überwachen. Vor allem sollten aber die öffentlichen Ausgaben für personelle Investitionen und Sachinvestitionen, einschließlich Forschung und Transferleistungen für gefährdete Bevölkerungsgruppen, so weit wie möglich auf einem angemessenen Niveau gehalten werden. Was die Einnahmeseite angeht, sollte die Europäische Kommission eine objektive Bewertung der einzelstaatlichen Steuerpolitiken vornehmen und Empfehlungen im Hinblick auf die Frage geben, wie diese den Aufschwung (einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen) und die Wiederherstellung gesunder öffentlicher Finanzen besser unterstützen können, was den Weg über die Stärkung der privaten Nachfrage einschließt.

### **Politische Alternative 3: Eine Europäische Schuldenagentur**

Eine große Neuerung mit erheblichem politischem und wirtschaftlichem Nutzen für die EU wäre die Einrichtung einer europäischen Schuldenagentur. Wenn auch die Festlegung ihrer genauen Bestandteile unterschiedliche Formen zulässt, so ist der Grundgedanke doch Folgender: Die Zusammenführung wenigstens eines Teils der Staatsschulden der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen System (mit gegenseitigen Bürgschaften) würde unter dem Aspekt einer verringerten Schuldenlast außerordentlich hohe finanzielle und wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen, da die Zinssätze im Durchschnitt sehr viel niedriger wären. Zumindest würden die neuen Schuldtitel, die die Agentur ausgeben würde, einem einheitlichen Zinssatz unterliegen und damit die Gefahr spekulativer Angriffe verringern. Über diese Agentur könnten dann auch kollektive Anleihen oder **Euro-Anleihen** ausgegeben werden, um spezifische europäische Investitionsprojekte zu finanzieren, im Idealfall über den EU-Haushalt. Die Einrichtung einer solchen Agentur sollte rasch erfolgen, da sie durch die Verringerung des Betrags der Staatsverschuldung und die Bereitstellung ausreichender und kostengünstiger Finanzmittel für

öffentliche Investitionen den Handlungsspielraum im Rahmen des jeweiligen Staatshaushalts spürbar erweitern würde. Um die Vorteile dieses Ansatzes mit der erforderlichen Haushaltsdisziplin zu verbinden, könnte die Finanzierung der Schulden von Mitgliedstaaten durch europäische Anleihen nur bis zu einer gewissen Grenze erfolgen. Über diese Grenze hinausgehende zusätzliche Schulden müssten die jeweiligen Länder dann direkt über den Markt finanzieren.

#### **Politische Alternative 4: Ein Haushaltseinnahmenpaket**

Um die Rezession, in die die Volkswirtschaften geraten waren, zu überwinden, mussten die europäischen Regierungen zusätzlich zur Wirkung der automatischen Haushaltsstabilisatoren die öffentlichen Ausgaben drastisch erhöhen. Anstatt diesen Ausgaben nun ein strenges Sparprogramm entgegenzusetzen, sollte zur Durchsetzung der notwendigen Haushaltskonsolidierung partiell ein europaweites Einnahmepaket verwendet werden. Zu diesem Paket sollten neue Fortschritte bei der Steuerkoordinierung (darunter eine einheitliche Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage), eine europäische (bzw. nach Möglichkeit globale) Steuer auf Finanzgeschäfte, eine gemeinsame und effiziente europäische Strategie gegen Steuerhinterziehung mit jährlichen nationalen Zielvorgaben, eine von der EU geführte weltweite Initiative (G20 und OECD-Staaten) zur verstärkten Bekämpfung von Steueroasen innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens, eine EU-weite CO<sub>2</sub>-Steuer und die Förderung gerechter Einkommenssteuersysteme überall in der EU, insbesondere für Familien mit niedrigem Einkommen, gehören. Ein solches Paket könnte auch dazu beitragen, einen Teil der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit auf andere Einnahmequellen zu verlagern. Dieser Ansatz muss gewährleisten, dass die Haushaltskonsolidierung sozial gerecht ist.

#### **Politische Alternative 5: Eine Agenda zur Bekämpfung der Krise**

Wir können künftige Krisen erst dann ausschließen, wenn wir bereit sind, uns mit ihren grundlegenden Ursachen auseinanderzusetzen. Zu diesen Ursachen gehören vor allem ein ungenügend regulierter und überwachter Finanzsektor, makroökonomische Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten und eine zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung in den meisten Mitgliedstaaten. Die politische Agenda zu diesen einzelnen Punkten ist jeweils sehr unterschiedlich. So werden derzeit gute Fortschritte bei der Finanzregulierung und -überwachung erzielt, doch muss die gemeinsame Verantwortung aller Institutionen und Mitgliedstaaten für die Errichtung eines soliden neuen Regulierungsrahmens für den Finanzsektor auf entschiedene Weise neu bestätigt werden, und die S&D-Fraktion wird weiterhin entschlossen für möglichst starke Regelungen kämpfen. Einige Fortschritte wurden auf der Juni-Tagung des Europäischen Rates bei der Anerkennung des Problems der makroökonomischen Ungleichgewichte und dem Versuch erreicht, diesen Aspekt in die künftige wirtschaftspolitische Abstimmung (Anzeiger für die Beobachtung der makroökonomischen Entwicklungen) aufzunehmen. Dagegen haben Rat und Kommission dem Problem einer gerechten und wirtschaftlich sinnvollen Einkommensverteilung bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt, trotz der engen Verbindung mit den bedeutenden Ungleichgewichten im Binnenhandel der EU und der negativen Rolle bei der Zunahme der privaten Verschuldung. Die EU sollte im Rahmen ihrer makroökonomischen Strategie für die Mitgliedstaaten zumindest gemeinsame Leitlinien festlegen und sie so auf dem Weg in Richtung einer auf stärkere Umverteilung ausgerichteten Steuerpolitik auf einzelstaatlicher Ebene begleiten.

8. September 2010